

Kleine Anfrage Fraktion FDP (Alexander Feuz/Mario Imhof, FDP): Roadpricing – Neue versteckte Steuer zulasten der Autofahrer? Wo bleibt die Rechtsgleichheit?

Gemäss Medienberichten will die Stadt Bern offenbar neue Abgaben auf Strassen einführen, dies unter dem klingenden Namen „Roadpricing“. Analog mittelalterlichen Wegzöllen soll dies offenbar flächendeckend geschehen und die Autofahrer gehörig zur Kasse bitten, dies für Strassen, die sie ohnehin schon durch Autosteuern etc. beträchtlich mitfinanzieren. Da der Teufel bekanntlich im Detail sitzt und zudem vor Einführung wohl erst eine Verfassungsänderung auf Bundesebene nötig wäre, scheint das Ganze Vorgehen überstürzt und unausgereift.

Der Gemeinderat ist deshalb gebeten, die nachfolgenden Fragen zu beantworten:

1. Wird zurzeit verwaltungsinternes Personal für die nötigen Abklärungen eingesetzt?
 - a) Wenn Nein, ist dies geplant?
 - b) Wenn Ja, wie viele Stellenprozente werden dafür eingesetzt?
2. Werden derzeit verwaltungsexterne Experten mit den nötigen Abklärungen eingesetzt?
 - a) Wenn Ja, wie viele Stellenprozente werden dafür eingesetzt?
3. Wie viel kosten den Steuerzahlen diese gesamten Abklärungen?
4. Was sind die Rechtsgrundlagen für diese Abklärungen?
5. Wie stellt sich der Gemeinderat zur Erfordernis der nötigen Verfassungsänderung auf Bundesebene? Wird diese ausgeblendet?
6. Wie stellt sich der Gemeinderat zu den eklatanten Rechtsgleichheitsproblemen bspw. bei ausländischen Autofahrern (Touristen) oder Diplomaten? Bei denen der Aufwand zur Eintreibung des Strassenzolls zu aufwendig/kompliziert wäre?

Bern, 29. März 2012

Kleine Anfrage Fraktion FDP (Alexander Feuz/Mario Imhof, FDP): Bernhard Eicher, Jacqueline Gafner Wasem, Christoph Zimmerli, Roland Jakob, Claudio Fischer, Simon Glauser, Kurt Rügsegger, Werner Pauli, Robert Meyer, Martin Schneider, Alexandre Schmidt